|  |
| --- |
| **AUSSCHUSS DER REGIONEN** |
|  |
| **Die Bevollmächtigte** **des Landes beim Bund und für Europa und Medien** **informiert**sterne**Ergebnisse der 154. Plenartagung** **des Ausschusses der Regionen** **vom 15. bis 16. März 2023****in Brüssel**  |

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesvertretung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

**Herausgeberin:** Die Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa und Medien

 Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

 Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz

 Tel. 06131/16-0

 E-Mail: Poststelle@stk.rlp.de

Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und bei der Europäischen Union,

In den Ministergärten 6, 10117 Berlin,

Tel. 030/374346-1000,

E-Mail: Poststelle-EU@lv.rlp.de

60, Avenue de Tervueren,

B-1040 Brüssel,

Tel.0032-2-790-1020,E-Mail: europe@stk.rlp.de

In diesem Bericht sind nur jene TOPs der betreffenden Sitzung wiedergegeben, die eine besondere politische Relevanz besaßen oder zu denen in der Sitzung eine Stellungnahme des AdR verabschiedet wurde.

**TOP 4. Debatte über die Talenterschließung mit Dubravka ŠUICA, für Demokratie und Demografie zuständige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission**

Vertreterinnen und Vertreter der Städte und Regionen der EU begrüßen die verstärkten Bemühungen der Europäischen Kommission, territoriale Ungleichheiten zu verringern und die Regionen zu unterstützen, die Herausforderungen wie Entvölkerung und die Abwanderung Fachkräften zu bewältigen. Die kürzlich in der [Mitteilung „Talenterschließung in Europas Regionen“](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_145) erläuterten Maßnahmen sollen jedoch durch maßgeschneiderte Ansätze unterstützt werden, die mit einer gestärkten Kohäsionspolitik einhergehen. Ländliche Gebiete sind hier besonders wichtig, da ihre Zukunft davon abhängt, ob es ihnen gelingt, junge Fachkräfte zu halten und neue anzuziehen. Diese Botschaft richteten die Mitglieder des Europäischen Ausschusses der Regionen im Rahmen der Plenardebatte an Dubravka Šuica, Vizepräsidentin für Demokratie und Demografie der Europäischen Kommission.

In der Debatte mit Vizepräsidentin Šuica warnten die Kommunal- und Regionalpolitiker davor, dass die Abwanderung von Fachkräften und die zunehmenden regionalen Unterschiede die langfristige Tragfähigkeit des europäischen Projekts gefährden. Sie fordern nachdrücklich, die Besonderheiten, Herausforderungen und Chancen dieser Regionen besser zu erforschen, um maßgeschneiderte Maßnahmen für jede Region zu entwickeln, und dabei insbesondere den Umschulungs- und Weiterbildungsbedarf im Zusammenhang mit dem ökologischen und dem digitalen Wandel zu berücksichtigen.

**TOP 5. Debatte über die Prioritäten des schwedischen Ratsvorsitzes mit Erik Slottner (SE), Minister für öffentliche Verwaltung**

# Ein „grüneres, sichereres und freieres“ Europa hat Schweden zum Hauptthema seiner Ratspräsidentschaft gemacht hat. Erik Slottner, schwedischer Minister für öffentliche Verwaltung, erläuterte auf der Plenarsitzung des Europäischen Ausschusses der Regionen die Prioritäten des Ratsvorsitzes: Unterstützung der Ukraine gegen die russische Aggression, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas, Beschleunigung der Öko- und Energiewende, und Gewährleistung demokratischer Werte und Rechtsstaatlichkeit

Die schwedische Ratspräsidentschaft findet in einem herausfordernden Kontext mit dem andauernden Krieg in der Ukraine, hoher Inflation und steigenden Energiepreisen statt. Umso dringlicher sei es, die Abhängigkeit der EU von fossilen Brennstoffen zu durchbrechen und die Öko- und Energiewende zu beschleunigen, ohne dabei eine Region zurückzulassen. Minister Slottner unterstrich auch die Notwendigkeit, die Ukraine weiterhin politisch, wirtschaftlich und militärisch zu unterstützen, und begrüßte die Bemühungen europäischer Regionen und Städte, den Wiederaufbau der Ukraine und ihren Weg in die EU zu unterstützen.

# **TOP 6. Kurzfristige Vermietung von Unterkünften: Ausgewogene Berücksichtigung der Interessen von lokaler Bevölkerung, Unternehmern und Reisenden, Befassung durch den Ratsvorsitz. COR-2022-04144-00-00-PAC-TRA – NAT-VII/029, Berichterstatter: Roberto CIAMBETTI (IT/EKR) (mehrheitlich)**

Am 7. November 2022 nahm die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung an, deren Ziel es ist, die Transparenz bei Kurzzeitvermietungen zu erhöhen und die Behörden bei der Gewährleistung ihrer ausgewogenen Entwicklung im Rahmen eines nachhaltigen Tourismus zu unterstützen. Mit dem Vorschlag soll der Datenaustausch erleichtert und die Transparenz in Bezug auf die Identifizierung und Tätigkeit von Gastgeber\*innen für die kurzfristige Vermietung von Unterkünften und die von ihnen einzuhaltenden Vorschriften verbessert werden. Mit dem Vorschlag wird auch die derzeitige Fragmentierung des Datenaustauschs zwischen Online-Plattformen angegangen, so dass illegale Angebote möglichst verhindert werden. Insgesamt soll dies zu einem nachhaltigeren Tourismusökosystem beitragen und dessen digitalen Wandel unterstützen.

# **TOP 8. Die Zukunft der Östlichen Partnerschaft aus lokaler und regionaler Sicht, Befassung durch den Ratsvorsitz, COR-2022-05113-00-00-PAC-TRA – CIVEX-VII/019, Berichterstatter: Alin-Adrian NICA (RO/EVP) (mehrheitlich)**

# Der Krieg in der Ukraine hat die Argumente für die EU verstärkt, die Zusammenarbeit bezüglich der unterschiedlichen Prioritäten der EU-Nachbarn im Osten abzustimmen, stellt der Europäische Ausschuss der Regionen fest.

Der Krieg in der Ukraine sollte die Europäische Union dazu veranlassen, ihre Zusammenarbeit mit den Ländern an ihren Ostgrenzen anzupassen, argumentiert der Europäische Ausschuss der Regionen in einer Stellungnahme.

# Die Stellungnahme zur Zukunft der Östlichen Partnerschaft aus lokaler und regionaler Perspektive wurde vom Europäischen Ausschuss der Regionen auf eigene Initiative verfasst, ergänzt jedoch eine breitere Debatte innerhalb der Europäischen Union nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine.

# Die EU hatte ihre Zusammenarbeit mit den sechs Mitgliedern der Östlichen Partnerschaft (ÖstP) – Ukraine, Weißrussland, Moldawien, Armenien, Aserbaidschan und Georgien – bereits vor der umfassenden Invasion Russlands in der Ukraine differenziert. Die von den ÖstP-Ländern gewählten Wege haben sich in den letzten zwölf Monaten allerdings weiter auseinander entwickelt, wobei sich die EU-Mitgliedstaaten im Juni 2022 darauf geeinigt haben, der Ukraine und Moldawien den Status von Beitrittskandidaten zu verleihen. Sie bekräftigten ihre Bereitschaft, Georgien vorbehaltlich weiterer Reformen einen ähnlichen Status zu gewähren.

# **TOP 10. Ziele und Instrumente für ein intelligentes ländliches Europa, Initiativstellungnahme, COR-2022-04320-00-00-PAC-TRA – NAT-VII/030, Berichterstatter: Radim SRŠEŇ (CZ/EVP) (mehrheitlich)**

Die langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU, der Grüne Deal und die jüngsten Krisen in Europa bringen einen neuen strategischen Ansatz für die Entwicklung des ländlichen Raums mit sich. Der grüne und der digitale Wandel schaffen eine neue Dynamik für ländliche Gebiete und die Menschen, die auf dem Land leben und arbeiten. Aufbauend auf den Lehren aus der COVID-19-Pandemie investieren mehrere Mitgliedstaaten endlich massiv in die Breitbandinfrastruktur und die Digitalisierung und nutzen dafür die Aufbau- und Resilienzfazilität oder den Kohäsionsfonds. Der Krieg in der Ukraine beschleunigt den Übergang der EU zu einer nachhaltigen Energieerzeugung. Ein Großteil dieser Energie wird in ländlichen Gebieten erzeugt werden.

**TOP 11. Nachhaltige Verwendung von Pestiziden, obligatorische Befassung, COR-2022-04989-00-01-PAC-TRA – NAT-VII/031
Berichterstatter: Heinz-Joachim HÖFER (DE/SPE) (mehrheitlich)**

Regionen und Städte fordern mehr Ehrgeiz bei der Reduzierung des Einsatzes von Pestiziden, um den Landwirten zu helfen, die Wirtschafts-, Energie- und Klimakrise besser zu bewältigen und nachhaltige Ernährungssysteme zu fördern und Gesundheit und Natur zu schützen.

Ignorierte Verpflichtungen, die mit der Annahme der EU-Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ eingegangen wurden, und die Anhebung der Standards für eine nachhaltige Lebensmittelproduktion, riskieren, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Klima- und Lebensmittelpreiskrisen zu verstärken. Aber die Landwirte brauchen mehr Unterstützung, unter anderem mit einem neuen nationalen Fonds für Schädlingsbekämpfung, der durch eine risikobasierte Besteuerung von Pestiziden, durch Beiträge der Einzelhändler oder durch Strafzahlungen finanziert werden könnte.

Derzeit bestehen Mängel bei der Umsetzung, Anwendung und Durchsetzung der bestehenden Richtlinie über die Verwendung von Pestiziden. Eine neue Verordnung der Kommission schlägt im Rahmen der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ vor, auf ein faires, gesundes und umweltfreundliches Lebensmittelsystem umzustellen. Es werden zwei spezifische Ziele vorgeschlagen, um die Verwendung – und das Risiko – von chemischen Pestiziden und gefährlicheren Pestiziden bis 2030 zu verringern (- 50 %). Die Regulierung dieses Bereichs durch die EU ist ein entscheidendes Mittel zum Erreichen der in der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ genannten Ziele und wird vom Ausschuss der Regionen befürwortet.

# **TOP 12. Änderung der Asbestrichtlinie, obligatorische Befassung, COR-2022-05655-00-00-PAC-TRA – SEDEC-VII/034Hauptberichterstatterin: Hanna ZDANOWSKA (PL/EVP) (einstimmig)**

In dem Vorschlag zur Änderung der Richtlinie über Asbest am Arbeitsplatz, mit dem der Schutz von Arbeitnehmer\*innen verbessert werden soll, wird der Grenzwert für die arbeitsbedingte Asbestexposition deutlich gesenkt. Der Vorschlag ist Teil eines umfassenden Konzepts für einen besseren Schutz von Mensch und Umwelt vor Asbest und für eine asbestfreie Zukunft. Die Europäische Kommission hat sich verpflichtet, die Leitlinien zu aktualisieren, um die Mitgliedstaaten, Arbeitgeber\*innen und Arbeitnehmer\*innen bei der Umsetzung der überarbeiteten Richtlinie zu unterstützen. Der AdR befürwortet diese Maßnahmen.

# **TOP 13. Europäisches Medienfreiheitsgesetz, Initiativstellungnahme, COR-2022-05388-00-00-PAC-TRA – CIVEX-VII/020Berichterstatter: Mark SPEICH (DE/EVP) (einstimmig)**

Die Regionen sind wichtige Akteure bei der Regulierung und Förderung des Medien- und Kultursektors in der EU. Zur Wahrung von Medienfreiheit und -pluralismus und der Integrität des europäischen Informationsraums müssen Überschneidungen bei der Medienaufsicht und eine Überregulierung auf EU-Ebene vermieden werden. Die Medienregulierungsbehörden sollen enger zusammenarbeiten. Dabei ist jedoch unbedingt auf die Unabhängigkeit des vorgeschlagenen Europäischen Gremiums für Mediendienste von politischer und wirtschaftlicher Einflussnahme zu achten. Dies sind die Kernaussagen der [Stellungnahme](https://cor.europa.eu/de/our-work/Pages/OpinionTimeline.aspx?opId=CDR-5388-2022) zum europäischen Medienfreiheitsgesetz,.

Die EU ist weltweit ein Vorreiter, wenn es um die Wahrung der Unabhängigkeit von Medien geht, die eine tragende Säule der Demokratie sind, zur öffentlichen Meinungsbildung beitragen und Rechenschaftspflicht gewährleisten. Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag für eine [Verordnung über das europäische Medienfreiheitsgesetz](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5504) vorgelegt, die Schutzvorkehrungen gegen politische Einflussnahme auf redaktionelle Entscheidungen vorsieht. Der Schwerpunkt liegt auf Unabhängigkeit und einer stabilen Finanzierung öffentlich-rechtlicher Medien sowie Transparenz von Medieneigentum.

# Der Berichterstatter wies darauf hin, dass bei der Harmonisierung und Zentralisierung der Medienregulierung auf EU-Ebene Vorsicht geboten ist und fordert eine sorgfältige Bewertung, ob die Vorschläge auf der Zuständigkeit für den Binnenmarkt beruhen können, ohne gegen Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit zu verstoßen.

# **TOP 14. Entwurf einer Dringlichkeitsentschließung zur Talenterschließung in den Regionen Europas, COR-2023-00574-00-00-PRES-TRA – RESOL-VII/028 (einstimmig)**

Angesichts des beschleunigten Bevölkerungsrückgangs in einigen Regionen der EU und angesichts der Lehren aus dem 8. Kohäsionsbericht, schlägt die Europäische Kommission einen „Talent Booster“-Mechanismus vor, der betroffenen Regionen dabei hilft, qualifizierte Arbeitskräfte auszubilden, zu halten und anzuziehen.

Der Entschließungsentwurf begrüßt den Mechanismus zur Förderung von Talenten und fordert seine rasche Umsetzung. Er verweist auf die Empfehlungen der Konferenz zur Zukunft Europas in Bezug auf spezifische Maßnahmen zur Vermeidung der Abwanderung von Fachkräften und zur Gewährleistung der nachhaltigen Entwicklung und der demografischen Widerstandsfähigkeit für Regionen, dieden Anschluss verloren haben. Der AdR fordert die Europäische Kommission auf, die regionalen Unterschiede durch ortsbezogene Maßnahmen und eine verstärkte Kohäsionspolitik zu verringern. Er spricht sich auch dafür aus, dass territoriale Folgenabschätzungen und Nachweise für den ländlichen Raum zu wirksamen Instrumenten für die Umsetzung der Kohäsionspolitik werden. Der AdR fordert spezifische Maßnahmen für den ländlichen Raum und hebt das Potenzial intelligenter Dörfer in Bezug auf eine diversifizierte ländliche Wirtschaft und den Zugang zum Arbeitsmarkt hervor. Er betont auch, dass der digitale Wandel in Regionen, die in einer Falle der Talententwicklung gefangen sind, vorangetrieben werden muss. Er unterstreicht die Notwendigkeit, Qualifikationslücken und Missverhältnisse wirksam zu beseitigen, wodurch die territorialen Unterschiede durch gut konzipierte, ortsbezogene und angemessen finanzierte Maßnahmen verschärft werden. Schließlich fordert der AdR einen strategischen Ansatz für die Integration von Drittstaatsangehörigen in die EU als potenzielle Triebkraft für das lokale Wachstum.

# **TOP 15. Entwurf einer Dringlichkeitsentschließung zu der Initiative zur Stärkung des sozialen Dialogs, COR-2023-00774-00-00-PRES-TRA – RESOL-VII/029 (einstimmig)**

Der AdR betont, dass der soziale Dialog auf EU-Ebene, auf nationaler, lokaler, sektoraler und Sektor übergreifender Ebene angesichts des zunehmenden Drucks auf die Arbeitsverträge, die unter Tarifverträge fallen, dringend gestärkt werden muss. Er unterstreicht die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Förderung des sozialen Dialogs in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber\*in von über 12,3 Millionen Arbeitnehmer\*innen, die ein breites Spektrum öffentlicher Dienstleistungen erbringen und den KMU und lokalen Arbeitskräften in den Regionen am nächsten stehen. Der AdR fordert eine Analyse der Auswirkungen auf den sozialen Dialog und die Tarifverhandlungen bei der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, die traditionell von nationalen, regionalen oder lokalen Behörden erbracht werden. Betont wird die Notwendigkeit, den sozialen Dialog und die Tarifverhandlungen aufrechtzuerhalten und Maßnahmen zu ergreifen, um eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen infolge eines Eigentümerwechsels zu vermeiden. Schließlich betont er die Bedeutung des sozialen Dialogs für die Verbesserung der Arbeitsmigrationspolitik und fordert eine Stärkung der Gleichbehandlung von Arbeitnehmer\*innen aus Nicht-EU-Ländern.